

Deutsche Kinderhilfe

1. Frage

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie schnell die Kinderrechte aus dem Blick geraten und Kinder gegenüber den Interessen Erwachsener zurückstecken müssen. Wie wollen Sie zukünftig sicherstellen, dass die Rechte und Interessen von Kindern und Jugendlichen geschützt und umgesetzt werden?

Antwort:

Die Verankerung der Kinderrechte in die Hessische Verfassung wurde bereits 2018 mit einer großen Mehrheit beschlossen. Die **Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz** stellt für uns zusätzlich ein wichtiges Anliegen dar. Dazu haben wir über die Bundesebene einen eigenen Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag eingebracht (*siehe "Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes – Artikel 6" BT-Drs.-19/28440*). Wir erkennen an, dass sich unsere Sichtweise auf Kinder in den über sieben Jahrzehnten seit Inkrafttreten des Grundgesetzes erheblich weiterentwickelt hat. Diese Entwicklung sollte sich auch im Grundgesetz widerspiegeln. Für uns ist dabei von besonderer Bedeutung, dass der Staat niemals als stiller Miteingreifer in die Familie eingreifen darf, indem er eine bestimmte Art der Erziehung vorschreibt. Stattdessen sollte staatliches Eingreifen nur gerechtfertigt sein, wenn das objektive Wohl des Kindes in Gefahr ist.

Eine Neuregelung sollte die Kinder als Inhaber von Grundrechten in den Mittelpunkt stellen und nicht nur den staatlichen Schutzauftrag und die Verpflichtung zur Förderung, wie sie bereits durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts festgelegt sind, einseitig betonen. Darüber hinaus sollte das Wohl des Kindes bei allen staatlichen Entscheidungen, die es unmittelbar betreffen, *besonders* berücksichtigt werden. Wir legen auch Wert darauf, dass Kinder in Verfahren, die sie betreffen, entsprechend ihres Alters und ihrer Reife angehört werden müssen.

Schließlich sollte im Rahmen einer Grundgesetzänderung auch das Diskriminierungsverbot in Bezug auf *nichteheliche Kinder* in Artikel 6 Absatz 5 des Grundgesetzes zeitgemäß angepasst werden, um die Vielfalt der existierenden Familienkonstellationen und Realitäten angemessen im Grundgesetz widerzuspiegeln. Dazu steht für uns Freie Demokraten fest, dass die Beziehung der Eltern zueinander keine Auswirkungen auf die Stellung des Kindes haben sollte.

2. Frage

Durch die Istanbul-Konvention wurde die Abwehr von Gefahren für Frauen und Kinder und ihre Prävention staatliche Pflichtaufgabe. Welche konkreten Umsetzungsmaßnahmen planen Sie?

Antwort:

Wir Freie Demokraten setzen uns entschieden dafür ein, dass die Istanbul-Konvention zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt rasch, umfassend und effektiv umgesetzt wird. Es bedarf einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Ländern in dieser Angelegenheit. Insbesondere während der Corona-Pandemie haben wir eine alarmierende Zunahme von häuslicher Gewalt und die Verlagerung von Straftaten in den digitalen Raum festgestellt. Daher müssen die Behörden ihre Bemühungen verstärken, um vor allem Frauen und Kinder besser zu schützen.

Unser Ziel ist es, Betroffenen die Möglichkeit zu geben, unabhängig von einer Anzeige, kostenfrei und anonym die Beweissicherung bei sexueller oder sexualisierter Gewalt zu ermöglichen. Die Ansprechpartner bei Polizei und Justiz sollten nach gemeinsamen Standards aus- und weitergebildet werden. Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte Erweiterung der Kapazitäten in Frauenhäusern ein, die bundesweit einheitlich finanziert werden sollten. Ebenso befürworten wir die Schaffung eines nationalen Online-Registers.

Des Weiteren setzen wir uns für eine bessere Entwicklung und institutionelle Integration präventiver und repressiver Maßnahmen zur Täterarbeit ein.

Wir fordern außerdem, dass die Bekämpfung von Gewalt im Internet oberste Priorität erhält. Neben spezialisierten Kräften in der Polizei und der Justiz sowie spezialisierten Staatsanwaltschaften ist es unser Ziel, in allen Bundesländern elektronische Verfahren zur Einreichung von Strafanzeigen einzuführen. Diese Verfahren sollten auch anonyme Anzeigen und Anzeigen von Nichtregierungsorganisationen ermöglichen und über zentralisierte Stellen abgewickelt werden. Wir streben an, Opfern von Online-Gewalt und Hasskriminalität das Recht einzuräumen, Informationen von Plattformen und Internetdienstleistern zu erhalten, um sich effektiver zur Wehr setzen zu können. Durch Medienkompetenzförderung bei Kindern und Jugendlichen sowie Fortbildungen und Schulungen für Polizei und Justiz möchten wir die Unterstützung für Betroffene verbessern.

3. Frage

Fast jedes 4. Kind in Hessen ist von Armut bedroht. Viele Familien hoffen auf das Wohngeld-Plus. Wie wollen Sie sicherstellen, dass das Wohngeld den betroffenen Familien schnell ausgezahlt wird, obwohl die Bearbeitungszeiten in den Ämtern im Schnitt länger als 5 Monate dauert?

Antwort:

Die Situation von Armut bedrohten Familien ist besorgniserregend. Wir Freie Demokraten sind uns der Dringlichkeit bewusst, *schnell und unbürokratisch* Hilfe zu leisten. Um eine unkomplizierte Hilfe zu gewährleisten, wollen wir die Kindergrundsicherung auf den Weg bringen. Mit diesem Konzept sollen alle Familienleistungen gebündelt werden, darunter auch Wohngeld-Plus. Die Sozialleistung soll über eine zentrale Kontaktstelle der Familienkasse ausbezahlt werden. Damit möchten wir einen Absicherungsanspruch für Kinder sicherstellen und einen besseren Zugang zu Bildung gewähren. Wir sehen es als notwendig an, den Sozialleistungsdschungel zu entwirren, insbesondere für Alleinerziehende soll dadurch die Antragstellung vereinfacht werden. Wir Freie Demokraten wollen hierüber Kinder in den Mittelpunkt der familienpolitischen Förderungen stellen und ihnen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen - unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Grundsätzlich wollen wir den Fokus auf die individuellen Chancen und die Selbstbestimmung für jedes einzelne Kind bieten bei gleichzeitiger materieller Unterstützung durch einen unkomplizierten Staat.

4. Frage

Leistungsdefizite, Chancenungleichheit, Lehrkräftemangel etc. – auch Hessen ist betroffen. „Bildung und Schule“ gehört daher Umfragen zufolge zum wichtigsten zu lösenden Problem in Hessen. Wie wollen Sie für Kinder bessere Bildungsperspektiven schaffen?

Wir Freie Demokraten stehen für ein Schulsystem, das so vielfältig ist wie unsere Kinder. Mit der Stärkung der individuellen Förderung, einer am Kind orientierten Bildungspolitik und der Stärkung der Durchlässigkeit zwischen den Schulformen und Bildungsgängen machen wir Chancengerechtigkeit zum Leitmotiv der Bildungspolitik.

Grundlage für ein Bildungssystem, das jedem Kind mit seinen Stärken und Fähigkeiten gerecht wird, ist eine datengestützte Schulentwicklung, die wir konsequent umsetzen wollen. Dabei müssen Daten nicht nur erhoben, sondern auch ausgewertet und hieraus ableitbare Erkenntnisse umgesetzt werden. "Data rich and information poor" gilt es zu beenden. Schwerpunkt bei der Umsetzung einer datengestützten Schulentwicklung muss der Abbau von Diskriminierungen und Ungleichheiten sein.

Um ein chancengerechtes Bildungssystem Wirklichkeit werden zu lassen, wollen wir zudem insbesondere:

- die frühkindliche Bildung durch mehr voll ausgebildete Fachkräfte und bessere Förderung beispielsweise im Bereich der Sprache und der digitalen Bildung priorisieren;
- eine umfassende Fachkräftestrategie für Lehrkräfte und weiteres Personal an Schulen auflegen;
- die Vermittlung der Kernkompetenzen in der Grundschule stärken;

- die ökonomische und finanzielle Bildung an Schulen stärken;
- die Aufnahme von Türkisch und Griechisch in den Fremdsprachenkatalog prüfen, um damit auch eine Kultur der Wertschätzung gegenüber den vielfältigen Hintergründen von Schüler/innen zu etablieren;
- die sonderpädagogische Förderung gerade nach der Sekundarstufe I ausbauen und dabei die (regionalen) Beratungs- und Förderzentren konsequent miteinbeziehen;
- die Berufsorientierung für die Auswahl eines passgenauen Bildungswegs für alle Schüler/innen stärken.

Grundlage für die Umsetzung dieser Maßnahmen ist eine auskömmliche Ausstattung mit gut ausgebildeten Fachkräften. Um insbesondere den Lehrkräftemangel wirksam zu bekämpfen, wollen wir daher ein Bündel an Maßnahmen umsetzen: Um das Studium attraktiver zu machen, fordern wir zumindest neun Semester für alle Lehramtsstudiengänge. Die Anzahl der Studienplätze muss auf Grundlage einer laufend aktualisierten und transparenten Bedarfsplanung regelmäßig angepasst werden. Zudem braucht es eine detaillierte Aufarbeitung der Gründe für Studienabbrüche und Studienwechsel. So können geeignete Maßnahmen entwickelt werden, damit mehr Studierende das Studium abschließen und in den Schulen ankommen.

Mit Blick auf die zahlreichen Quereinsteiger/innen braucht es flexible Angebote für die Nachqualifizierung von Lehrkräften, die ohne (der Schulform entsprechendes) Lehramt arbeiten. Die Angebote müssen für Menschen in verschiedenen Lebenslagen attraktiv sein. Dazu gehört der Ausbau berufsbegleitender Programm und eine angemessene Vergütung während der Nachqualifizierung. Zugänge sollten diversifiziert und flexibilisiert und die Anerkennung der Qualifikationen ausländischer Lehrkräfte vereinfacht und beschleunigt werden.

5. Frage

Kinder, die eine Begleitperson für den Schulbesuch benötigen, müssen teils Monate darauf warten. Verweigert die Schule die Unterrichtung ohne Begleitperson, gehen die betroffenen Kinder in dieser Zeit trotz bestehender Schulpflicht nicht in die Schule. Wie wollen Sie diesen Missstand beheben?

Antwort:

Um den Missstand bezüglich der langen Wartezeiten für Kinder, die eine Begleitperson für den Schulbesuch benötigen, anzugehen, wollen wir Freie Demokraten verschiedene Maßnahmen ergreifen:

1. **Schnellere Genehmigungsverfahren:** Eine Überprüfung und mögliche Vereinfachung der Genehmigungsverfahren für Begleitpersonen können dazu beitragen, die Wartezeiten zu verkürzen und den betroffenen Kindern schneller den Zugang zur schulischen Bildung zu ermöglichen. → Für eine unbürokratische Bereitstellung von Begleitpersonen kann es notwendig sein, eventuelle rechtliche Anpassungen vorzunehmen, um ggfs. Hürden zu identifizieren und zu beseitigen.
2. **Erhöhte Ressourcen:** Wir wollen die Schulen in die Lage versetzen, Begleitpersonen schneller bereitzustellen und somit die Wartezeiten zu reduzieren, dafür braucht es zusätzliche Ressourcen und Personal in den Schulen.
3. **Kooperation mit externen Organisationen:** Um eine schnellere Bereitstellung von Begleitpersonen für Kinder zu erwirken, wollen wir die Kooperation von Schulen mit externen Organisationen, gemeinnützigen Vereinen oder sozialen Diensten stärken.
4. Grundsätzlich wollen wir dazu anzuhalten, **frühzeitig zu planen und zu koordinieren**, denn eine frühzeitige Planung und Koordination zwischen Schulen, Eltern, Behörden und anderen relevanten Partnern könnte dazu beitragen, Engpässe bei der Bereitstellung von Begleitpersonen zu vermeiden und eine reibungslose Integration der betroffenen Kinder in die Schule zu gewährleisten.

Die Lösung dieses Problems erfordert jedoch eine umfassende Zusammenarbeit zwischen Bildungsbehörden, Schulen, Eltern, Fachkräften und anderen relevanten Akteuren, um sicherzustellen, dass alle Kinder ungeachtet ihrer besonderen Bedürfnisse Zugang zu Bildung haben.

6. Frage

Immer mehr Kinder in Hessen sind zu dick. Eine Schulverpflegung mit verpflichtend vorgeschriebenen DGE-Standards, die JEDEM Kind eine beitragsfreie Mahlzeit ermöglicht, gilt als Schlüssel für gesündere und leistungsfähigere Kinder. Werden Sie sich für die Umsetzung dieser Maßnahmen stark machen?

Antwort:

Aus Sicht der Freien Demokraten ist es wichtig, dass alle Kinder im Rahmen der Schulverpflegung, insbesondere im Ganztags, ausgewogene und nahrhafte Mahlzeiten erhalten. Schulverpflegung leistet so einen Beitrag zu Ernährungs- und Verbraucherbildung sowie zur Gesundheitsförderung.

Gemeinsam mit der "Vernetzungsstelle Schulverpflegung" sollten Schulen dabei unterstützt werden, ein ausgewogenes und für alle Seiten wirtschaftlich tragfähiges Angebot für die Mittagsverpflegung anzubieten. Hierfür bietet der DGE-Qualitätsstandard eine gute Grundlage, dessen Umsetzung an hessischen Schulen weiter gefördert werden sollte.

7. Frage

Der Bewegungsmangel von Kindern nahm in der Corona-Krise dramatisch zu. Die wenigen wöchentlichen Schulsportstunden sind nicht ausreichend. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie in Hessen den (Schul-)Sport und die Bewegung im Kindes- und Jugendalter gezielt fördern?

Antwort:

Wir erkennen das Problem an und haben dazu bereits eine Initiative eingebracht, um die Landesregierung auf den bestehenden Bewegungsmangel unter Kinder sowie das dadurch verstärkt hervorgerufene Diabetes Typ 2 Risiko für Kindern und Jugendlichen.

Um dem entgegen zu wirken, wollen wir Bewegungsförderung bereits in der frühkindlichen Bildung ausbauen. Dabei stellen die lokalen und regionalen Sportvereine unverzichtbare Netzwerkpartner der Kindertagesstätten dar. Kooperationen zwischen ihnen wollen wir mithilfe ausreichend finanziell ausgestatteter Konzepte zur Bewegungsförderung ausbauen.

Wir Freie Demokraten sehen den Schulsport als zentrales Element des schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrags. Die von der Kultusministerkonferenz vorgesehenen drei Wochenstunden Sportunterricht müssen als Mindeststandard in allen Schulformen und Schulstufen sichergestellt werden. Hierfür braucht es ausreichend ausgebildete Lehrkräfte. Der Sportunterricht sollte nicht von fachfremdem Personal geleitet werden.

Auch in der Ganztagsbetreuung muss ausreichend Raum für Bewegung und sportliche Aktivitäten der Kinder geschaffen werden. Dabei wollen wir durch verstärkte Kooperationen darauf hinwirken, dass ein zeitlicher Konflikt zwischen Ganztagsangeboten und den Angeboten von Sportvereinen nicht zulasten letzterer beziehungsweise zulasten der sportlichen Aktivitäten der Kinder geht. Das Landesprogramm „Schule und Verein“ werden wir weiterführen.

Die Teilnehmerzahlen bei den Bundesjugendspielen wollen wir weiter steigern.

Verankert in unserem Landeswahlprogramm haben wir zur Bewegungsförderung im Alltag die Unterstützung und Verstärkung der Investitionen in die Sanierung von Vereinssportstätten, öffentlichen Schwimmbädern und die Förderung von modernen Sportstätten mit barrierefreien Zugängen, gesenkten Energieverbrauch und -kosten und mit attraktiven Bewegungsangeboten. Zudem wollen wir Freie Demokraten uns für Förderprogramme einsetzen und fordern dafür, dass Investitionsanträge der Sportvereine zügig bearbeitet und beschieden werden. Das soll die Attraktivität im Sport erhöhen und dazu beitragen, Bewegung außerhalb der Schule integrieren.

8. Frage

In Hessen fehlen über 37.000 Kita-Plätze. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie diesen Notstand in der Kindertagesbetreuung beseitigen?

Die frühkindliche Bildung fristet unter dieser Landesregierung ein Schattendasein. Probleme haben sich über Jahre hinweg verschärft. Studien zufolge fehlen in Hessen allein zur Erfüllung des Rechtsanspruchs 37.000 Kita-Plätze und 10.700 Erzieherinnen und Erzieher.

Die Schaffung zusätzlicher Plätze muss absolute Priorität haben. Mit einem Bündel an Maßnahmen wollen wir schnellstmöglich 20.000 zusätzliche Plätze schaffen. Eltern müssen sich auf die Bildungs- und Betreuungsangebote wieder verlassen können. Mit der Einführung einer verlässlichen Betreuungszeit garantieren wir zudem die Regelöffnungszeiten in den Kindertagesstätten.

Wir Freie Demokraten halten eine Ausstattung mit ausreichend Personal für grundlegend, um die frühkindliche Bildung in den Kindertagesstätten zu gewährleisten. Die personelle Ausstattung ist jedoch unzureichend. Kurzfristige Ausfälle und Engpässe führen immer wieder dazu, dass Öffnungszeiten eingeschränkt werden müssen oder lediglich eine Notbetreuung angeboten wird.

Es braucht daher dringend mehr pädagogisches Personal. Mit einer Qualitätsprämie sollten Träger die Möglichkeit erhalten, besser qualifizierte Fachkräfte auch besser zu entlohnen. Bisher lohnt es sich für Fachkräfte (monetär) häufig nicht, nach einer Weiterqualifizierung in eine Kindertagesstätte, insbesondere in den Gruppendienst, zurückzukehren. Wir wollen daher darauf hinwirken, dass Träger, die höher qualifizierte Fachkräfte beschäftigen und diese ihrer Qualifikation entsprechend vergüten, einen finanziellen Anreiz in Form einer Pauschale erhalten. Gleiches gilt für Fachkräfte, die sich weitergebildet haben. Verbunden mit einer flächendeckenden Ausbildungsvergütung, der Stärkung der dualen Ausbildung und mehr Plätzen an den Fachschulen wollen wir kurzfristig mindestens 1.500 neue Fachkräfte gewinnen. Die Absenkung von Standards durch eine weitere Öffnung des Fachkraftkatalogs ohne ausreichend Angebote zur Nachqualifizierung und Begleitung des fachfremden Personals, wie von der Landesregierung umgesetzt, lehnen wir ab.

Darüber hinaus sollte die Arbeit in den Kindertagesstätten durch den Einsatz multiprofessioneller Teams unterstützt und Erzieher/innen beispielsweise durch digitale Anwendungen von bürokratischen Aufgaben entlastet werden. Mit einem Kita-Investitionsprogramm wollen wir die Kommunen bei den drei Schwerpunkten, Ausbau der Betreuungsplätze, Modernisierung bestehender Einrichtungen und digitale Infrastruktur unterstützen.

Um die oben genannten Punkte zeitnah und strukturiert umsetzen zu können, wollen wir gemeinsam mit den Kommunen einen Pakt für die Kinderbetreuung schließen, der eine bessere finanzielle Unterstützung der Kommunen durch mehr Landesmittel vorsieht.